

P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G

Die Gesundheitsversorgung im Landkreis ist besorgniserregend

Landtagsabgeordneter Klaus Schneck und Bundestagsabgeordneter Hubertus Heil sprechen mit der Kassenärztlichenvereinigung über die Gesundheitsversorgung im Landkreis Gifhorn. Dabei sind erschreckende Zahlen deutlich geworden. Die zu geringe Zahl der Hausärzte ist im Landkreis Gifhorn das größte Problem.

In den vergangenen Monaten wurde die Gesundheitsversorgung der Menschen im Landkreis Gifhorn durch die Zentralisierung der notärztlichen Versorgung am Wochenende in Gifhorn und die augenärztlich Notversorgung in Braunschweig verschlechtert.

Im Landkreis Gifhorn versorgen 86 zugelassene Hausärzte über 174.000 Einwohner. Dies entspricht einem Versorgungsgrad von 80,1 Prozent. Die Zulassung von 32 weiteren Hausärzten wäre möglich. Dies ist zwar noch keine Unterversorgung, von der man ab einem Versorgungsgrad von 75 Prozent sprechen kann, aber der Handlungsbedarf ist offensichtlich. Der Landkreis Gifhorn ist bei der Hausarztversorgung das Schlusslicht Niedersachsens.

Fast die Hälfte der Hausärzte konzentriert sich in der Stadt Gifhorn. Dies bedeutet, dass die Menschen in den anderen Gemeinden immer weitere Wege zu ihrem Hausarzt haben. Insbesondere betrifft dies den Nordkreis. Die fehlenden Hausärzte sind nicht nur ein Problem im Landkreis Gifhorn, sondern betreffen viele Regionen in Deutschland. Es handelt sich vor allem um ein Nachwuchsproblem. Es gibt zu wenig Ausbildungsplätze in Krankenhäusern und viele angehende Mediziner finden die Karriere als Hausarzt unattraktiv. Um die Situation kurzfristig zu entspannen, muss die Einrichtung von Zweit- und Gemeinschaftspraxen erleichtert werden.

Um die Situation bei der Hausarztversorgung zu verbessern, ist eine Zusammenarbeit der zuständigen Politiker aus Bund, Land und Kommunen, der Kassenärztlichen Vereinigung, dem Krankenhaus Gifhorn und der niedergelassenen Ärzte unumgänglich. Es gibt von allen Seiten verschiedenste Bemühungen für den Landkreis zu werben und für neue Niederlassungen attraktiver zu machen. Um dies zu erreichen planen wir weitere Gespräche mit den Beteiligten.